



Niederschrift

62. Plenarsitzung des Gemeinderates
26. März 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

35.

Punkt 36 der Tagesordnung: Beteiligung an der Europawahl erhöhen durch einen internationalen Wahlauf Ruf der Stadt Karlsruhe

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2019/0163

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 36 zur Behandlung auf.

Dieses Thema haben wir gestern schon im Ältestenrat besprochen, es gibt aber noch neue Informationen und die würde Herr Dr. Käuflein kurz einbringen, bevor wir in die Debatte einsteigen.

Bürgermeister Dr. Käuflein: Die zusätzliche Information ist, es ging bereits ein Brief in deutscher und englischer Sprache heraus. Ein personalisierter Brief an 24.000 Unionsbürger in Karlsruhe, mit einem Link, der zu den Informationen in allen Amtssprachen der EU führt. Es gehen bereits erste Antworten ein. Vor dem Hintergrund scheint es mir jetzt nicht sinnvoll einen weiteren Brief, wie von den Antragsstellern gewünscht, nationalspezifisch in den verschiedenen Sprachen hinterherzusenden, also ein italienischer Brief an die Italiener, ein spanischer an die Spanier und so weiter. Es kommt dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, und da werbe ich einfach um ihr Verständnis, dass das Wahlamt vor der Wahl mehr als ausgelastet ist, die Leute dort haben im Augenblick erst sehr spät abends Feierabend. Es ist schlicht und einfach nicht leistbar, einen zweiten Brief zu verschicken. Ich kann Ihnen anbieten, das Thema vorzumerken und vor der nächsten Europawahl in den zuständigen Gremien erörtern, was machbar und sinnvoll ist, aber jetzt einen zweiten Brief hinterherzuschicken ist weder sinnvoll noch machbar. Das als zusätzliche Information, weil der Brief schon raus ist.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne noch ergänzen, dass die Unionsbürger, die dann die deutschen Abgeordneten in das Europaparlament wählen, mit bisher etwa 1,5 Prozent einen relativ niedrigen Anteil haben, weil sie nämlich in den entsprechenden Wahlbüros ihrer Heimatländer an der Europawahl teilnehmen. Neben dem, dass die aufgerufen werden können, um bei uns teilzunehmen, gibt es auch noch ein Angebot aus ihren Heimatländern, in den entsprechenden Listen an Wahlbüros teilzunehmen. Diese Möglichkeit ist aus unserer Sicht bei den EU-Bürgern, vor allem bei denen, die noch eine sehr enge Bindung an ihre Heimatländer haben, sehr wohl bekannt. Insofern sehen wir, dass es im Grunde zwei Wege gibt, als EU-Bürger hier an der Wahl teilzunehmen, einmal die Möglichkeit, sich hier an der Wahl der deutschen Listen zu beteiligen, aber eben auch in vielen Fällen sich an den Wahlen in Wahlbüros in Deutschland an den Listen ihrer ursprünglichen Heimatländer zu beteiligen. Alles andere hat Herr Dr. Käuflein angeführt, und deswegen raten wir Ihnen davon ab, noch in eine solche zusätzliche Informationskampagne einzusteigen, wo wir uns beim nächsten Mal überlegen müssen, ob man das nicht in irgendeiner Form schlauer angeht. Ich glaube auch, dass wenn jemand hier mit seinem Alltag zurechtkommt, obwohl er vieles nicht in seiner Heimatsprache vorfindet, dann noch in der Lage ist, diesen deutschen oder englischen Brief soweit zu verstehen, dass er sich dann da reinlinken kann, zumal viele von denen dann auch die Möglichkeit nutzen werden, in den Wahlbüros aus ihren Heimatländern dann die entsprechenden Listen zu wählen.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Unser Anliegen war es, ein persönliches Anschreiben in der jeweiligen Muttersprache der Wahlberechtigten. Anschreiben nur in englischer und deutscher Sprache und die nicht deutsch oder englisch sprechende Unionsbürgerinnen bekommen einen Link zu einer Internetadresse mit einer entsprechenden Übersetzung, halten wir nicht für zielführend und auch nicht barrierefrei. Jetzt haben wir aber ein Problem. Unser Antrag wurde Mitte Februar gestellt, Mitte März schafft die Stadtverwaltung mit der Verschickung der Wahlaufrufe vollendete Tatsachen. Den Kompromissvorschlag, wie von Ihnen dargestellt, Herr Käuflein, können oder müssen wir mitgehen, aber vielleicht kann man das Ganze auch noch mit dem Migrationsbeirat oder den Migrationsverbänden besprechen. Wir geben uns jetzt damit zufrieden, noch mal 24.000 Briefe zu verschicken ist zu viel, aber man hätte es auch besser lösen können.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für die Anregung, das hatten wir auch schon gesagt, dass der Migrationsbeirat versucht, einzuschätzen, wie man das beim nächsten Mal anders macht und ob es denn überhaupt einen Bedarf gibt, es anders zu machen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte den GRÜNEN danken, dass sie damit zufrieden sind. Das Problem ist auch, man muss bedenken, dass man damit vielleicht etwas erreicht, was man gar nicht beabsichtigt. Wer erinnert sich noch an den Herrn Di Lorenzo, Journalist für Die Zeit? Er hat im Fernsehen zugegeben, zweimal bei der letzten Europawahl gewählt zu haben. Einmal im Konsulat in Hamburg und einmal im ganz normalen Wahlbüro. Mit so einem Brief animieren wir letztendlich die Leute indirekt dazu, deshalb muss man sich sehr gut überlegen, was man da treibt. Ich finde den Vorschlag der Verwaltung sehr gut, sich das bei der nächsten Europawahl noch mal sehr genau zu überlegen. Dann kann man diesen Aspekt auch miteinbeziehen. Das Verfahren wegen Wahlfälschung gegen ihn wurde eingestellt, aber erst nachdem er eine Geldbuße bezahlt hatte.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr, damit können wir den Tagesordnungspunkt abschließen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
15. April 2019